

Berufsbildungsfonds: Jugendarbeitslosigkeit ist ein Desaster

Herr Ratspräsident, Herr Erziehungsdirektor, Werte Anwesende

Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein Desaster. Im vergangenen Sommer fehlten 5000 bis 10000 Lehrstellen. Laut Hochrechnungen braucht es mindestens bis 2009 10000 zusätzliche Lehrstellen. Alleine im Kanton Bern wussten im Juni 2006 1000 Jugendliche noch nicht, wie es nach ihrem Schulaustritt weitergehen soll. Das sind 1,5% mehr als noch im Jahr 2005. Die JUSO Kanton Bern hat vor einem Jahr eine Petition zur Schaffung eines Berufsbildungsfonds mit 2900 Stimmen eingereicht. Gesammelt wurden diese Unterschriften während knapp 2,5 Monaten im ganzen Kanton Bern. Mühsam war diese Unterschriftensammlung keineswegs, denn das Thema Jugendarbeitslosigkeit ist emotional und mobilisiert. Denn ein verpatzter Einstieg ins Berufsleben – und da sind wir uns hier drin sicher alle einig – ist eine ganz gefährliche Sache und hat in der Regel für die Betroffenen und die Gesellschaft üble Folgen.

Mir ist bewusst, dass der Regierungsrat gute Arbeit leistet, was die Lehrstellenproblematik betrifft. Die Lehrstellenkonferenz und der Lehrstellenbericht, welche von der Erziehungs- und Volkswirtschaftsdirektion gemeinsam organisiert und ausgearbeitet wurden, habe ich natürlich erfreut zur Kenntnis genommen und mit Begeisterung an der Konferenz teilgenommen.

All die Massnahmen, welche der Regierungsrat bereits ergriffen hat, Projekte zur Förderung der Berufsbildung, zur Lehrstellenförderung und zur Förderung von schwächeren Schulabgängerinnen und –abgängern begrüsse ich selbstverständlich sehr. Diese Massnahmen sind gut und hoffentlich auch erfolgreich, genügen jedoch nicht. Der Berufsbildungsfonds ist eine wichtige Ergänzung dazu.

Ein Fazit des Lehrstellenberichts ist, dass die Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zur gesamten Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Zudem hat sich der Anteil der 15-19 Jährigen an der gesamten Arbeitslosigkeit verdoppelt. Im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit muss alles getan werden, was in unserer Möglichkeit steht. Deshalb gehört auch der Berufsbildungsfonds dazu.

Die Lehrstellensuche ist für viele Jugendliche schwierig, vor allem schulisch Schwächere haben geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Suche nach einer Lehrstelle und die Angst davor, keine zu finden, prägen die Jugendlichen und beschäftigen sie enorm. Die Zahl der Schulabgängerinnen und –abgänger, welche nach der Volksschule keine Anschlusslösung finden, steigt jährlich an. Die Betroffenen gelangen in einen Teufelskreis. Bundesrat Couchepin hat Mitte Mai 2006 die aktuellen Zahlen zur Sozialhilfe veröffentlicht. Die nationale Statistik zeigt beunruhigende Trends. Dazu gehört die starke Zunahme der 18- bis 25-Jährigen bei der Sozialhilfe. Fast jeder achte Bezüger, fast jede achte Bezügerin gehört dieser Altersgruppe an. Zwei Drittel von ihnen haben keine berufliche Ausbildung. Die Auswirkungen für die betroffenen Jugendlichen sind fatal: Wer in jungen Jahren keinen Ausbildungsplatz findet, läuft Gefahr, niemals auf eigenen Füßen stehen zu können. Dies sind unhaltbare Zustände. Eine frühe Abhängigkeit von der Sozialhilfe und ein verfehlter Berufseinstieg haben negative Folgen für die einzelnen Jugendlichen, für die Gesellschaft und den Staat.

Jugendliche sollen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit ein Recht auf eine Lehrstelle haben. Die Jugendarbeitslosigkeit bleibt trotz der demografischen Entwicklung ein zentrales Thema. Zumindest bis ins Jahr 2009 nimmt die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, welche keine befriedigende Anschlusslösung finden können, jährlich zu. Betroffen sind insbesondere Leistungsschwächere und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten. Zudem wollen wir auch in Zukunft, wenn die demografische Entwicklung wieder etwas abflacht, qualitativ hoch stehende Lehrstellen anbieten. Dies ist nur bei einer optimalen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft möglich. Der Berufsbildungsfonds wäre ein optimaler Ansatz dazu. Besonders schwer haben es Jugendliche mit Lernschwächen, Migrationshintergrund oder einem schwierigen sozialen Umfeld. Für sie wird es wohl

kaum genügend Attestlehren geben können. Es müssen weitere Alternativen, wie der Berufsbildungsfonds eine ist, gefunden werden.

Meines Erachtens steht der mit dieser Motion vorgeschlagene Berufsbildungsfonds zudem keineswegs in Konkurrenz zu den bereits eingeführten Branchenfonds, sondern wäre eine Ergänzung dazu. Die flexible Berufsbildungsabgabe in den Fonds, welche von allen Unternehmen erfolgen, die keine oder zu wenig Lehrlinge ausbilden, tragen zudem auch dem heutigen gesellschaftlichen Trend hin zu Abwechslung, Wandel und Flexibilität Rechnung.

Punkt 3 der Motion kann so nicht erfüllt werden. Deshalb ziehe ich ihn zurück.

Im Namen der betroffenen Jugendlichen bitte ich Sie der vorliegenden Motion zuzustimmen. Die Annahme des Berufsbildungsfonds ist auch für Sie ein Geschenk. Eine Investition in die Jugend ist eine Investition in die Zukunft. Je früher die Arbeitslosigkeit bekämpft wird desto geringer fallen die Kosten aus. Eine Investition in die Berufsbildung unserer Jugend ist somit ein Geschenk für uns alle.